

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Waffenschmidt, Dr. Schneider, Dr. Dregger, Schwarz, Sick, Braun, Dr. Möller, Herkenrath, Hauser (Krefeld), Kroll-Schlüter, Frau Karwatzki, Wimmer (Neuss), Burger, Müller (Wesseling), Regenspurger, Dr.-Ing. Kansy, Seehofer, Deres, Dörflinger, Dr. Jahn (Münster), Dr. Hüsch, Hanz (Dahlen), Spranger, Broll, Fellner, Dr. von Geldern, Gerlach (Obernau), Dr. Jentsch (Wiesbaden), Krey, Dr. Laufs, Dr. Miltner, Volmer, Weiß, Clemens, Dr. Köhler (Wolfsburg), Jung, Zierer, Magin, Bohl, Maaß, Louven, Dr. Schroeder (Freiburg), Hartmann, Dr. Faltlhauser, Sauer (Stuttgart), Kalisch, Breuer, Dr. Jobst, Dr. Warnke, Linsmeier, Dr. Schäuble, Vogt (Düren), Frau Pack, Milz, Frau Geiger, Tillmann, Dr. Kunz (Weiden), Lenzer, Frau Benedix-Engler, Müller (Wadern), Jagoda, Dr. Bugl, Dr. George und der Fraktion der CDU/CSU

Lage der Städte, Gemeinden und Kreise

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Stärkung des Handlungsspielraums der Städte, Gemeinden und Kreise

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschränkung der Freiheit der Kommunalen Selbstverwaltung durch die Vielzahl von Bundesgesetzen und Bundesprogrammen, die die Gemeinden (GV) ausführen müssen?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den kommunalen Ermessensspielraum bei der Ausführung von Bundesgesetzen zu erweitern, um eine bürgernahe Gesetzesausführung zu ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen zur Entbürokratisierung hat die Bundesregierung in ihrem Aufgabenbereich eingeleitet bzw. gedenkt sie vorzunehmen, um auf diese Weise die Kommunale Selbstverwaltung zu stärken?
4. Ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit den Ländern stets die Entwürfe kommunalbedeutsamer Gesetze mit Gemeinden (GV) im Rahmen von Planspielen zu erproben, um eine einfache und bürgernahe Gesetzesausführung zu erreichen?
5. Was hat die Bundesregierung unternommen bzw. gedenkt sie zu tun, um bei kommunalbedeutsamen Gesetzen eine rechtzeitige und sachgerechte Information und Beteiligung der

Gemeinden (GV) über ihre Kommunalen Spitzenverbände gemäß den entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung der Bundesregierung sicherzustellen?

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beeinträchtigung der Kommunalen Selbstverwaltung durch die geplante Einführung der Verbandsklage.

II. Finanzielle Belastung der Gemeinden durch Bundesgesetze

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Gesetzgebung des Bundes hervorgerufene erhebliche Zunahme des Aufgabenbestands der Gemeinden (GV), und die daraus entstandenen finanziellen Belastungen? Teilt sie die Auffassung, daß für viele kommunale Gebietskörperschaften die Grenze der Belastbarkeit durch Aufgabenübertragungen erreicht ist?
8. Ist die Bundesregierung bereit, bei der Vorlage neuer Gesetzentwürfe und Pläne, die bei Gemeinden (GV) neue Ausgaben verursachen, auch die entsprechenden Konsequenzen bei der Steuerverteilung zu ziehen?
9. Was hat die Bundesregierung veranlaßt, das in der 8. Wahlperiode abgegebene Versprechen „in ihrer zukünftigen Gesetzgebungsarbeit zu verhindern, daß den Städten, Gemeinden und Kreisen zusätzliche erhebliche finanzwirtschaftliche Belastungen ohne entsprechenden Ausgleich zugemutet werden“ (Teilz. 93 der Regierungserklärung 1976) für die 9. Wahlperiode nicht zu erneuern?
10. Welche Gesetze bzw. Gesetzesvorhaben der Bundesregierung werden in dieser Wahlperiode die Gemeinden (GV) mit zusätzlichen Kosten belasten? Besitzt die Bundesregierung bereits eine Schätzung darüber, wie hoch diese Kosten sein werden?

III. Kommunale Finanzen

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Gemeinden (GV) durch ihre Beteiligung an den Konjunkturprogrammen von Bund und Ländern erhebliche zusätzliche Verschuldung eingehen mußten?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Gemeinden (GV) bei den Steuerentlastungsgesetzen der letzten Jahre einen überproportionalen Anteil getragen haben, mit dem Ergebnis, daß der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen auch weiterhin sinken wird?
13. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Fortführung der Gemeindefinanzreform von 1969 entwickelt, und welche Initiativen will sie dazu ergreifen?
14. Hat die Bundesregierung die Möglichkeiten einer unmittelbaren kommunalen Beteiligung an der Umsatzsteuer geprüft, und falls dies geschehen ist, mit welchem Ergebnis?

IV. Bauwesen und Wirtschaftsförderung

15. Wie will die Bundesregierung das Problem des Nebeneinander von Wohn- und gewerblicher Bebauung, die sogenannte Gemengelageproblematik, lösen (vgl. Antrag der CDU/CSU zu § 34 BBauG sowie Entschließung des Deutschen Bundestages zur Beschleunigungsnovelle, Drucksache 8/2885)?
16. Was will die Bundesregierung unternehmen, um mehr Bauland für den Wohnungsbau bereitzustellen etwa durch den Verkauf von bundeseigenen Grundstücken und durch Hilfen und Anreize an die Gemeinden (vgl. Antrag der CDU/CSU-Fraktion, Drucksache 8/1010)?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung das Gutachten des Deutschen Instituts für Urbanistik über den künftigen Investitionsbedarf in den Gemeinden (GV)?
18. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die künftige Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“?
19. Können die Gemeinden (GV) in den strukturschwachen Gebieten davon ausgehen, daß die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nicht weiter gekürzt werden?
20. Wie beurteilt die Bundesregierung die geäußerten Bedenken, daß die Einführung der Verbandsklage zu Verzögerungen bei Investitionen und in der Folge zu erhöhten Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen wird?

V. Umweltschutz

21. Was hat die Bundesregierung unternommen bzw. gedenkt sie zu tun, um den Gemeinden (GV) bei der Erforschung und Erprobung neuer umweltfreundlicher Technologien für Versorgung und Entsorgung zu helfen, insbesondere bei der Abwasserbeseitigung?
22. Ist die Bundesregierung bereit, Auflagen für die Vergabe von Investitionsmitteln an die Gemeinden (GV) zu mildern, wenn auf diese Weise umweltschutzgerechtere Investitionen erreicht werden, z.B. beim Verlangen von Mindeststraßenbreiten bei Förderungsmaßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz?
23. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Gemeinden (GV) künftig beim Gewässerschutz zu unterstützen, z.B. durch Finanzhilfen aus ERP-Mitteln für Kläranlagen und Kanalisation?

VI. Verkehr

24. Wie beurteilt die Bundesregierung die strukturpolitischen und standortmäßigen Auswirkungen der gegenwärtigen überproportionalen Transportkostensteigerungen?

25. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich
- der zukünftigen Arbeitsteilung zwischen Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr,
 - der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Bund, Länder und Gemeinden
- in Ballungsräumen, Ballungsrandzonen und ländlichen Gebieten?
26. Welche Fahrpreissteigerungen erwartet die Bundesregierung im öffentlichen Personennahverkehr durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und den Abbau der Gasöl-Betriebsbeihilfe, und welchen Einfluß hat dies auf die Attraktivität des Nahverkehrs?
27. Inwieweit sind die strukturpolitisch notwendigen Straßenbaumaßnahmen des Bundes in den kommenden Jahren von finanziellen Kürzungen bedroht?

VII. Sozialwesen

28. Wie beurteilt die Bundesregierung die großen finanziellen Belastungen der Gemeinden (GV) durch die Sozialhilfe?
29. Liegen der Bundesregierung Berechnungen darüber vor, wie hoch die zusätzlichen Kosten der Sozialhilfe dadurch sind, daß die Rentenzuwächse in den letzten Jahren geringer gewesen sind?
30. Beabsichtigt die Bundesregierung, in dieser Wahlperiode die Leistungen der Sozialhilfe auszuweiten?
31. Ist die Bundesregierung bereit, bei der Durchführung von Gesetzen und Plänen, insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich, den Vorrang der freien Träger der Kirchen und sozialen Verbände bei der Aufgabenerfüllung für das allgemeine Wohl zu sichern?

VIII. Ausländersituation

32. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Ausländerpolitik erarbeitet, und wie will sie diese Vorstellungen mit den Gemeinden (GV) abstimmen?
33. Wie haben sich nach Meinung der Bundesregierung die Initiativen zahlreicher Gemeinden (GV) für die Mitwirkung von Ausländern im örtlichen Bereich bewährt, z. B. in Ausländerbeiräten?
34. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen um Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen aus anderen Kulturkreisen in Gemeinden (GV) mit hohem Ausländeranteil?
35. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Eindämmung der Asylantenproblematik ergriffen, und wie will sie in dieser Frage künftig mit Ländern und Gemeinden zusammenarbeiten?

Bonn, den 2. April 1981

Dr. Waffenschmidt
Dr. Schneider
Dr. Dregger
Schwarz
Sick
Braun
Dr. Möller
Herkenrath
Hauser (Krefeld)
Kroll-Schlüter
Frau Karwatzki
Wimmer (Neuss)
Burger
Müller (Wesseling)
Regenspurger
Dr.-Ing. Kansy
Seehofer
Deres
Dörflinger
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Hüsch
Hanz (Dahlen)
Spranger
Broll
Fellner
Dr. von Geldern
Gerlach (Obernau)
Dr. Jentsch (Wiesbaden)
Krey
Dr. Laufs
Dr. Miltner
Volmer

Weiß
Clemens
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Jung
Zierer
Magin
Bohl
Maaß
Louven
Dr. Schroeder (Freiburg)
Hartmann
Dr. Falthäuser
Sauer (Stuttgart)
Kalisch
Breuer
Dr. Jobst
Dr. Warnke
Linsmeier
Dr. Schäuble
Vogt (Düren)
Frau Pack
Milz
Frau Geiger
Tillmann
Dr. Kunz (Weiden)
Lenzer
Frau Benedix-Engler
Müller (Wadern)
Jagoda
Dr. Bugl
Dr. George
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Lage der Städte, Gemeinden und Kreise ist von entscheidender Bedeutung für den Gesamtstaat, darum ist eine umfassende kommunale Bestandsaufnahme geboten. Vorrangig sind Initiativen zur Stärkung des Handlungsspielraums der Städte, Gemeinden und Kreise.

Bei vielen kommunalen Gebietskörperschaften herrscht im Blick auf die Finanzsituation höchste Alarmstufe. Intensive Koordination von Fach- und Finanzplanung ist dringender denn je. Gesetze, mit erheblichen neuen Ausgaben für die Gemeinden (GV) können von den Gemeinden (GV) nicht finanziert werden. Ein Abbau der Abhängigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise von Zweckzuweisungen mit vielen Auflagen und langen Verwaltungswegen könnte zu sparsamerem Mitteleinsatz nach den Dringlichkeiten vor Ort führen.

Umweltschutz, Stadt- und Gemeindeentwicklung sind Schwerpunkte der kommunalen Aufgaben in den nächsten Jahren, hierfür sind entsprechende Rahmenbedingungen des Bundes notwendig.

Ferner sind Städte, Gemeinden und Kreise heute in herausragender Weise beteiligt an der Durchführung und Finanzierung des Netzes unserer sozialen Sicherheit. Die Betreuung der Ausländer ist eine wachsende Herausforderung für Städte, Gemeinden und Kreise. Die kommunalen Körperschaften müssen wissen, welche Absichten die Bundesregierung in den nächsten Jahren in diesen Bereichen verfolgt.

